

Hainburg heute 2 apa/10.12.

Utl: DoKw-Kobilka: Sollten Umweltschützer nicht abziehen, muß Exekutive eingreifen =

DoKw-Direktor Dr. Josef Kobilka erklärte Montag mittag in einem Hörfunk-Interview, daß heute in der Hainburger Au mit umfangreichen Schlägerungen vor allem für den notwendigen Wildzaun begonnen werden sollte. Etwa 50 bis 60 Arbeiten haben den Auftrag bekommen, diese Schlägerungsarbeiten vorzunehmen, werden aber von den Umweltschützern daran gehindert. Sollten diese Umweltschützer nicht abziehen, werde die Exekutive eingreifen müssen, denn, so Kobilka, die DoKw könne sich ja ihr Recht nicht selbst verschaffen. Laut Kobilka waren zu Mittag Gespräche mit der Gendarmerie im Gang. +++

Der DoKw-Direktor betonte aber in dem Interview die Bereitschaft noch abzuwarten bzw. nach anderen Zufahrtswegen, also Umgehungen, zu suchen.

Wie von Augenzeugen zu erfahren war, ist es im Augebiet bis Montag mittag zu keinen Ausschreitungen gekommen. Die Gendarmerie hielt sich im Hintergrund, die Hainburg-Gegner hatten die Zufahrtswege in die Au verstellt. Einige Arbeiter kritisierten die Umweltschützer, weil diese sie an ihrer Arbeit hinderten: "Wir bekommen nichts bezahlt, wenn wir nicht schlägern".

Zwtl: KP solidarisch mit Hainburg-Gegnern

Stellvertretend für die KPÖ bekräftigte Dr. Gertraud Kermani, die Verantwortliche für die Wiener Kommunalpolitik, heute den Standpunkt der Kommunisten: Die KP lehne den derzeit geplanten Standort ab und trete für ein Gemeinschaftskraftwerk mit der CSSR bei Wolfsthal-Bratislava ein. "Es ist daher nur logisch", sagte Kermani, "daß auch wir die Schlägerungen im Auwald abwehren wollen." Die KPÖ erkläre sich solidarisch "im Kampf gegen den Standort Hainburg". Die Entscheidungen Brezovszkys und Haidens bedeuteten einen "Abbau von Demokratie". (Forts.mgl) si/cm/ew